

Antworten von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

- 1. Wie wollen Sie zur Armutsreduzierung in Hamburg, insbesondere der Armutsreduzierung der alleinerziehenden und älteren Frauen beitragen?**

Wir wollen eine Gleichstellungspolitik, die über alle Lebensphasen hinweg konsistent ist. Unser Ziel ist, dass jede und jeder die Möglichkeit hat, das, was er oder sie zum Leben braucht, selbst zu erwirtschaften. Dabei wollen wir die Hindernisse abbauen, die insbesondere für Frauen fortbestehen. Freiwilligkeit hat bisher nicht zu Ergebnissen geführt. Wir brauchen gesetzliche Maßnahmen, um Gleichstellung zu erreichen. Dazu gehören ein Entgeltgleichheitsgesetz und Regelungen für die Privatwirtschaft. Wir müssen die Arbeitszeiten so regeln, dass es neben dem Recht auf Teilzeit auch ein Recht auf Rückkehr zu Vollzeit gibt. Wir brauchen qualifizierte Angebote für Erwerbslose und Wiedereinsteiger/innen nach einer Familienzeit. Alleinerziehende brauchen Unterstützung in Form von Betreuungsinfrastruktur und flexiblen Arbeitszeitmodellen sowie die Weiterentwicklung des Unterhaltsvorschusses. Von Altersarmut sind insbesondere Frauen betroffen. Gründe liegen in Teilzeitbeschäftigung, Minijobs und Auszeiten für Betreuung von Kindern und Angehörigen, also in der mangelnden Vereinbarkeit von Familie und Beruf. All dies ist jedoch in der Hauptsache Bundessache. Alleine in Hamburg wird man die Verbesserungen nicht hervorbringen können.

- 2. Gewalt gegen Frauen verletzt milliardenfach das Recht der Frauen auf ihre Würde und Unversehrtheit. Auch in Hamburg ist jede 4. Frau Gewalt ausgesetzt, vor allem häuslicher Gewalt. Das Landesaktionsprogramm schützt Opfer. Wichtig sind präventive Maßnahmen. Wie wollen Sie in Hamburg dazu beitragen, Gewalt aus menschlichen Beziehungen zu verbannen und Gewaltfreiheit als Teil der Kultur Hamburgs zu etablieren?**

Gewaltfreiheit soll sich als fester Teil der Kultur Hamburgs etablieren. Es muss das Ziel sein, jede Frau vor Gewalt zu schützen. Gewalt gegenüber Frauen ist seit Jahrzehnten ein Problem und kein Kavaliersdelikt oder gar eine private Angelegenheit. Wir setzen uns für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen ein und fordern auf Bundesebene eine Reform des Sexualstrafrechts. Es erschüttert uns sehr, dass der sogenannte Pick-up-Artist Julien Blanc in seinen Vorträgen und Workshops zur Demütigung von Frauen aufruft - sogar zu physischer Gewalt- und für seine Ideen Anhänger findet. Wir werden gegen seinen Auftritt in Hamburg mobilisieren. Die Diskussion um Blanc zeigt, dass der Kampf gegen Gewalt an Frauen noch lange nicht beendet ist und wir uns weiterhin dafür einsetzen müssen, dass Frauen selbstbestimmt und gewaltfrei leben können. Des Weiteren gilt es, Präventionsangebote der freien Träger weiter zu unterstützen und die offene Kinder- und Jugendarbeit angemessen auszustatten.

- 3. Was erwarten und planen Sie im Zusammenhang mit dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm für die nächste Legislaturperiode? Wie bewerten Sie bisherige Erfolge, wo sind künftig Schwerpunkte zu setzen?**

Unserer Schwerpunkte wäre das Rückkehrrecht der Frauen in die Vollzeitbeschäftigung – nach Eltern- oder Pflegezeiten. Außerdem eine angemessene Ausstattung der Gleichstellungsbeauftragten. Bisher ist für einige sehr große Behörden lediglich eine Stelle für die Gleichstellung vorgesehen. In diesem Zusammenhang möchten wir auch wieder einführen, dass die Position der Gleichstellungsbeauftragten ausschließlich von Frauen zu bekleiden ist. Des Weiteren würden wir mehr Rücksicht auf gender-sensible Sprache nehmen (inkl. LGBTII) und die frauenpolitischen Akteurinnen in Hamburg deutlich mehr bei der Erstellung eines Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms einbeziehen.

Antworten von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

4. Wohnen und Verkehr in der Großstadt: Zwei Herausforderungen für Frauen mit Kindern. Welche politischen Planungen verfolgen Sie z.B. in Bezug auf bezahlbaren Wohnraum, Entlastung Alleinerziehender, Mehrgenerationenhäuser, mehr und günstigeren ÖPNV, bessere Taktzeiten im ÖPNV?

Wir unterstützen die Zielzahl von 6000 Wohnungen pro Jahr. Leider hat der Wohnungsneubau nicht zu einer Verbesserung der Lage der Menschen in öffentlicher Unterbringung gesorgt. Dies wird für uns oberste Priorität haben. Innovativer und gemeinwohlorientierter Wohnungsbau, der dauerhaft gesichert ist, lässt sich nicht nur mit der SAGA oder mit 15-jährigen Bindungen im freien Markt umsetzen. Zur Versorgung der unteren Einkommensbereiche und zur Schaffung von sozial ausgewogenen, nach-haltigen und gemeinschaftlichen Wohnungsbauvorhaben müssen neue Lösungen gefunden werden. Fördermittel und -bedingungen in der bisherigen Form allein reichen nicht aus. Es benötigt einen innovativen und ökologischen Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsträger, der auch mal Wege abseits des Standards beschreiten kann und eine darauf angepasste öffentliche Finanzierung mit einfachen Förderkriterien. Die Mietpreisbremse wurde von uns vor der SPD gefordert und wir unterstützen die Umsetzung – vorausgesetzt, sie kommt in ganz Hamburg und es werden noch die Ausnahmen im Bestand zurückgenommen. Die Versorgungslage von Wohnungslosen, Obdachlosen, Menschen mit psychischen Erkrankungen, Haftentlassenden, von Gewalt bedrohten Frauen, zu betreuende Jugendliche ist dramatisch schlecht. Viel Geld wird zudem durch falsche Versorgungs- und Betreuungskonzepte verschwendet. Um die jahrelange Konzeptlosigkeit in Bezug auf den dramatischen Rückgang der gebundenen Wohnungen - insbesondere der Dringlichkeitsschein-Wohnungen - zu beenden, muss ein „Wohnungsprogramm Besondere Wohnformen“ aufgestellt werden. Ziel soll es sein, Verfahren und Instrumente für diesen Teilmarkt des Wohnungsbaus neu zu entwickeln, mögliche Bauherren für diese Wohnformen zu identifizieren, die gleichmäßige Verteilung dieser Wohnformen über die Hamburger Stadtteil sicherzustellen, die Bezirk zu motivieren, Wohnungsbauflächen hierfür zu sichern und die Förderprogramme weiterzuentwickeln. Bei der Konzeptausschreibung sollen vermehrt Wohnungen für Wohnungsnotfälle gefordert werden. Dies könnte zum Beispiel durch eine umzusetzende jährliche Quote im Rahmen des „Vertrags für Hamburg“ geschehen. Außerdem soll die SAGA statt der bisher im Rahmen des Kooperationsvertrages zugesagten 3000 jährlich unterzubringenden Wohnungsnotfälle 6000 Wohnungen jährlich für diese Zielgruppe zur Verfügung stellen.

Den Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) möchten wir durch ein vereinfachtes Tarifsysteem attraktiver machen. Auch finanziell soll der ÖPNV wieder mehr gefördert werden. Kostensteigerungen werden derzeit allein von den Fahrgästen getragen. Wir möchten, dass der Zuschuss der Stadt wieder proportional mit den Kostensteigerungen wächst und nicht eingefroren bleibt. Das normale Einzelticket soll wieder günstiger werden. Wir wollen die Bedingungen für das Sozialticket weiter verbessern, damit alle Menschen Busse und Bahnen nutzen können. Darüber hinaus möchten wir den Schnellbuszuschlag abschaffen. Wir möchten das Bussystem stärken durch konsequente, linienbezogene Anlage von bevorzugenden Ampelschaltungen, der Markierung von Busspuren und einer Ausweitung des Busnetzes auf den Tangentiallinien, die die Bezirke miteinander verknüpfen. Wo der Bus zu schwach und ein U-Bahn-Neubau zu teuer ist, brauchen wir die Stadtbahn. Sie ist die wirtschaftliche Lösung für die drohenden Kapazitätsprobleme in Hamburg: Sie ist billiger als die U-Bahn, schnell, leise und umweltschonend und kann sehr viel mehr Fahrgäste in sehr viel kürzerer Zeit mitnehmen als ein Bus. Außerdem sind ihre oberirdischen Haltestellen leichter einsehbar und schneller zu erreichen. Angst-räume, wie Tunnel und U-Bahn-Schächte werden nicht produziert. Wir möchten auch die Bushaltestellen unter dem Inklusionsaspekt barrierefrei gestalten.

Antworten von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Das U-Bahn-Netz erfüllt eine sehr gute Anbindungsfunktion und kann innerhalb des Netzes seine Kapazität durch Taktverdichtung steigern. Hier sollte bei der U-Bahn der Schwerpunkt liegen. Ausbaupotential hat dagegen noch die S-Bahn. Wir unterstützen den Bau der S4 und eine schnelle Umsetzung des viergleisigen Ausbaus der Strecke nach Ahrensburg. Mit der S4 können nicht nur Rahlstedt und die östliche Metropolregion angebunden werden, auch der Hauptbahnhof wird dadurch entlastet. Gleichzeitig müssen sich damit der Güter- und Personenverkehr nicht mehr die Gleise teilen, so dass auch eine flüssigere Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs auf dieser Strecke gewährleistet ist. Adäquater Lärmschutz an der Strecke soll eingerichtet werden. Der Ausbau der AKN zur S-Bahn (S21) bis Kaltenkirchen ist ebenfalls dringlich. Auch die Fährverbindungen der Elbanrainer als auch der angrenzenden Gemeinden im Alten Land möchten wir stärken. Wir setzen uns deshalb für die Verdichtung des Taktes der Linie 62 zwischen Finkenwerder und den Landungsbrücken während den Hauptzeiten ein. Außerdem möchten wir die Zuverlässigkeit des Fährbetriebs von Cranz zum nördlichen Elbufer erhöhen. Aufgrund von Verschlickung und bei Wetterproblemen wird die Fähre Blankenese-Cranz zeitweise nach Finkenwerder umgeleitet, was Berufspendlerinnen und -pendler vor besondere Herausforderungen stellt. Wir möchten daher die Einführung eines Linienverkehrs Cranz-Blankenese-Teufelsbrück-Finkenwerder prüfen, der so mehrere Fährlinien zusammenfasst und auch eine neue und sinnvolle Verbindung von Teufelsbrück und Blankenese schafft.

5. Wesentlich mehr Frauen als Männer arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Was kann dagegen getan werden? Wie wollen Sie gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchsetzen?

Wir haben bereits im Dezember 2010 mittels eines entsprechenden Antrages in der Hamburger Bürgerschaft eine Bundesratsinitiative für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft sowie die Prüfung und ggf. die Einführung eines analogen Landesgesetzes gefordert, um auf diese Weise die Lohn-schere zwischen Männern und Frauen zu bekämpfen. Die Verabschiedung eines solchen Gesetzes bzw. eine entsprechende Bundesratsinitiative werden wir in der nächsten Legislaturperiode weiter verfolgen. Dieser Antrag verlangte zudem Maßnahmen, um Mädchen und Frauen auch für Berufe zu begeistern, in denen Frauen bisher unterrepräsentiert sind. Auch diesen Ansatz wollen wir in der nächsten Legislaturperiode weiterverfolgen, zumal es sich hier ebenfalls um eine Forderung der Charta der Gleichstellung handelt, welche in einen Aktionsplan einfließen würde.

Der Einführung von Mindestlöhnen stehen wir positiv gegenüber, allerdings besitzt Hamburg auf Landesebene keine Gesetzgebungskompetenz, um solche Forderungen umzusetzen. Beim Thema Mini- und Midi-Jobs setzen wir auf das grüne Progressiv-Modell, das gezielt Geringverdienende entlastet. Für Einkommen bis 2000 Euro sollen die Beitragssätze von einem Sockelbeitragsatz aus langsam und stufenlos auf die normale Höhe der Sozialversicherungsabgaben von gegenwärtig insgesamt rund 40 Prozent ansteigen. Die bisherigen Mini- und Midi-Job-Regelungen sollen in diesem Progressiv-Modell aufgehen. Mini-Jobber erhalten anders als bisher eine Absicherung bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit und im Alter. Durch das Progressiv-Modell steigen die Nettoeinkommen der Geringverdiener. Gleichzeitig werden die Betriebe entlastet. Auch hier besitzt Hamburg auf Landesebene allerdings keine Gesetzgebungskompetenz, um solche Forderungen durchzusetzen.